

FACTS ZUR

# Konzern- verantwortungs- initiative

Infoblatt für Parlamentarier/innen  
Frühlingssession 2020

## IM BRENNPUNKT

Konzernverantwortung in der Frühlingssession  
Neuer Dokumentarfilm «Der Konzern-Report»

## SCHAUPLÄTZE

Schweiz

EU

Kanada

## FALLBEISPIELE

Syngenta

Kolmar Group AG

Nespresso



## Konzernverantwortung in der Frühlingsession

Die Konzernverantwortungsinitiative verlangt eine Selbstverständlichkeit: Wenn Konzerne wie Glencore das Trinkwasser vergiften oder Bevölkerungsgruppen mit Gewalt von ihrem Land vertreiben, dann sollen sie in Zukunft auch dafür geradestehen.

National- und Ständerat diskutieren das Dossier in dieser Session zum letzten Mal. Zur Wahl stehen neben der Initiative ein seit zwei Jahren von beiden Rechtskommissionen verhandelter «Gegenvorschlag des Nationalrats» sowie ein kurzfristig zurechtgezimmelter «Alibi-Gegenvorschlag des Ständerats». Ersterer würde dazu führen, dass zumindest sehr grosse Konzerne in besonders gravierenden Fällen für Menschenrechtsverletzungen geradestehen müssten. Letzterer will im Wesentlichen bloss, dass Konzerne einmal im Jahr eine Hochglanzbroschüre veröffentlichen müssen.

Das Initiativkomitee der Konzernverantwortungsinitiative hat eine klare Position: Bei definitiver Annahme des Gegenvorschlags des Nationalrats, würde die Initiative zurückgezogen. Dies, weil damit schneller ein Gesetz in Kraft träte. Das ist insbesondere für die Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen wichtig.

Der Nationalrat hat sich nunmehr bereits dreimal für diesen Gegenvorschlag ausgesprochen, zuletzt am 4. März 2020. Erwähnenswert ist auch, dass sich fast die Hälfte der Nationalrät/innen für eine JA-Empfehlung zur Volksinitiative selber ausgesprochen hat.

Setzt sich am Schluss doch der Alibi-Gegenvorschlag durch oder verzichtet das Parlament ganz auf einen Vorschlag, kommt die Konzernverantwortungsinitiative zur Abstimmung. Dafür sind neben 350 Lokalkomitees, einem Wirtschaftskomitee mit 170 Unternehmer/innen, bürgerlichen Politiker/innen und 120 NGOs auch die Stimmbürger/innen bereit: Neueste Umfrageergebnisse zeigen, dass heute 78 Prozent Ja zur Konzernverantwortungsinitiative stimmen würden.

### NEUER DOKUMENTARFILM

## «Der Konzern-Report»

An über 350 Orten in der Schweiz wird in den nächsten Monaten der neue Dokumentarfilm «Der Konzern-Report» zu sehen sein. Der Film lässt Menschen auf zwei Kontinenten zu Wort kommen, die durch Schweizer Konzerne geschädigt werden. Die Menschen schildern eindrücklich, wie ihr Trinkwasser vergiftet wird und ihre Gesundheit leidet. Die Betroffenen erklären, warum sie keine Chance sehen, mit Hilfe der lokalen Justiz – welche allzu oft korumpiert ist – zu ihrem Recht zu kommen.

Alt-Ständerat Dick Marty (FDP) plädiert im Film für klare Regeln, damit Konzerne für Verfehlungen geradestehen müssen. Unternehmer Dietrich Pestalozzi beleuchtet die Initiative aus der Sicht der Wirtschaft; Simone Curau-Aeppli, Präsidentin des Schweizerischen Katholischen Frauenbundes, zeigt auf, dass der Schutz der Menschenrechte und der Schöpfung für die Kirche eine Selbstverständlichkeit ist und sich die Kirche deshalb engagiert für die Initiative einsetzt.

[www.konzern-initiative.ch/konzern-report](http://www.konzern-initiative.ch/konzern-report)



## Schweiz

### Über 160 bürgerliche Politiker/innen unterstützen die Initiative

Von Anfang an wurde die parteipolitisch unabhängige Konzernverantwortungsinitiative von Politikerinnen und Politikern unterschiedlicher Couleur mitgetragen. Um die breite Unterstützung noch besser sichtbar zu machen, haben sich Vertreterinnen und Vertreter von BDP, CVP, EVP, FDP, GLP und SVP im Herbst 2019 zum «Bürgerlichen Komitee für Konzernverantwortung» zusammengeschlossen. Seither wächst dieses Komitee

kontinuierlich. Mittlerweile zählt es über 160 Mitglieder, darunter Peter Bieri (CVP/ZG), Ursula Haller (BDP/BE), Verena Diener (GLP/ZH), Laura Sadis (FDP/TI), Eugen David (CVP/SG) und Peter Arbenz (FDP/ZH). Für sie ist klar, dass Freiheit und Verantwortung zusammengehören: Unsere liberale Wirtschaftsordnung funktioniert nur, wenn sich Konzerne an elementare rechtsstaatliche Regeln halten.

[www.buergerliches-komitee.ch](http://www.buergerliches-komitee.ch)

### Ein neuer, unvollständiger Aktionsplan

Der Bundesrat hat den neuen Aktionsplan (NAP) 2020-2023 der Schweiz zur Umsetzung der UNO-Richtlinien für Wirtschaft und Menschenrechte veröffentlicht. Trotz gewisser Fortschritte bietet dieser keine solide Grundlage, um zu garantieren, dass die Schweizer Konzerne bei ihren Aktivitäten und Beziehungen mit Handelspartnern im Ausland die Menschenrechte respektieren. Unter anderem enthält der NAP keine klaren Ziele und Indikatoren, um die Wirksamkeit der vorgeschlagenen Massnahmen zu beurteilen. Zudem ist der Bundesrat der Ansicht, dass eine einfache Berichterstattungspflicht die

Konzerne zu einer wirksamen Menschenrechtspolitik bewegt, auch wenn die Erfahrungen der EU zeigen, dass dies nicht der Fall ist. Und schliesslich unternimmt der Bundesrat keine Schritte, um sicherzustellen, dass bundesnahe Betriebe mit gutem Beispiel vorangehen, obwohl ein Bericht gravierende Mängel in diesem Bereich festgestellt hat. Dies stellt ein beachtliches Reputationsrisiko für die Schweizer Regierung dar.

Detaillierte Analyse hier:

[www.konzern-initiative.ch](http://www.konzern-initiative.ch) >>> **Neuigkeiten**

## International

### Studie der EU-Kommission zu Sorgfaltsprüfungspflicht

Eine am 24. Februar veröffentlichte Studie der EU-Kommission unterstreicht die Notwendigkeit einer Regulierung unternehmerischer Sorgfaltsprüfungspflicht (<http://bit.ly/commissionstudy>). Laut der Studie halten 70 Prozent der Unternehmensvertreter/innen eine gesetzliche Regelung von menschenrechtlichen und ökologischen Sorgfaltspflichten für vorteilhaft. Die befragten Stakeholder (Unternehmen, Wirtschaftsverbände, Zivilgesellschaft) unterstützen zudem

mehrheitlich eine sektorübergreifende, nicht-thematische Regelung zu Menschenrechten und Umwelt und sind der Meinung, dass freiwillige Massnahmen nicht ausreichen, um soziale und ökologische Auswirkungen zu bewältigen. Eine Mehrheit befürwortet des Weiteren eine Regelung, die Betroffenen im Schadensfall Wiedergutmachung ermöglicht und somit einen entsprechenden Durchsetzungsmechanismus benötigt.

### Kanadische Bergbaufirma wegen Menschenrechtsverletzungen vor Gericht

Mehrere Eritreer fordern von der kanadischen Bergbaufirma Nevsun Schadenersatz für Zwangsarbeit und körperliche Misshandlungen in einer Goldmine in Eritrea. Die eritreische Minengesellschaft ist zu 60 Prozent im Besitz von Nevsun. Beim Bau der Mine wurde auf den «National Service» zurückgegriffen, zu dem junge Eritreer oft über viele Jahre gezwungen werden. Der kanadische Supreme Court hat am 28. Februar einen

Rekurs von Nevsun abgewiesen und entschieden, dass der Fall von kanadischen Gerichten beurteilt werden soll. Das Urteil wird in kanadischen Fachkreisen als bahnbrechend beurteilt, weil das höchste Gericht festhält, dass private Unternehmen direkt an Völkergewohnheitsrecht gebunden sind. Kanada beschreitet damit einen deutlich forscheren Weg als die Konzernverantwortungsinitiative in der Schweiz.

## Syngenta & Co.

### Milliarden-Umsätze mit Pestiziden, die krebserregend sind oder Bienen vergiften

Eine neue Recherche von Public Eye deckt auf, dass die weltgrössten Agrochemiekonzerne mehr als ein Drittel ihrer Pestizidumsätze durch hochgiftige Stoffe erzielen; darunter Pestizide, die krebserregend sind oder Bienen vergiften. Ganz vorne mit dabei: Syngenta. Im Jahr 2018 hat niemand so viel Geld mit «Bienen-Gift» und für den Menschen hoch toxischen Pestiziden verdient wie der Basler Konzern. Besonders stossend: Viele dieser gefährlichen

Stoffe sind auf Schweizer Äckern verboten. Dennoch verkauft Syngenta sie weiterhin in Ländern des Globalen Südens – auf Kosten der Umwelt, der Bienen und der Gesundheit der Menschen. Dieses Geschäft mit der Doppelmoral muss aufhören. Pestizidkonzerne müssen verpflichtet werden, weltweit die Menschenrechte zu achten und Umweltschäden zu vermeiden.

[www.publiceye.ch/pestizide](http://www.publiceye.ch/pestizide)

## Libyen

### Zuger Firma macht Gewinn mit illegalem libyschem Diesel

Die in Zug ansässige Kolmar Group AG machte zwischen 2014 und 2015 via Malta Geschäfte mit einem Unternehmen, das zu einem mächtigen libyschen Treibstoffschmuggelring gehörte. Das Unternehmen nutzte dazu ein Handelsnetzwerk, um illegal libyschen Diesel nach Europa weiterzuverkaufen. Die Schlüsselpersonen dieses Netzwerkes stehen inzwischen in Italien unter Anklage. Seit dem Sturz von General Gaddafi ist das ausgeblutete und zerrissene Libyen ein Schmugglerparadies, weil ein Grossteil des heimischen Bedarfs an Benzin und Diesel importiert und staatlich subventioniert werden muss. Diese Treibstoffe wurden in Libyen billig erstanden und

im Ausland mit Riesengewinnen weiterverkauft. Nur weil es Abnehmer wie die Kolmar Group gab, funktionierte dieses Geschäftsmodell, das den Konflikt in Libyen weiter befeuerte. Schweizer Firmen dürfen – aus Nachlässigkeit oder als Komplizen – keine Geschäfte mit dreckigen Rohstoffen machen, die illegaler Herkunft sind oder mit Menschenrechtsverletzungen in Verbindung stehen. Deshalb braucht es dringend verbindliche Sorgfaltsprüfungspflichten, wie sie die Konzernverantwortungsinitiative vorschlägt und wie sie auch im diskutierten Gegenvorschlag des Nationalrats enthalten sind.

[www.publiceye.ch/de/mediencorner](http://www.publiceye.ch/de/mediencorner)

## Guatemala

### Kinderarbeit bei Nespresso

Recherchen des britischen Fernsehsenders Channel 4 haben international Schlagzeilen gemacht. Die Journalisten dokumentierten Kinderarbeit auf guatemaltekischen Kaffeeplantagen. Die Kinder mussten Kaffee ernten, der für den Verkauf durch Nespresso bestimmt war. George

Clooney, Schauspieler und Markenbotschafter von Nespresso, zeigte sich traurig und betonte, dass der Konzern Nestlé noch Arbeit vor sich habe. Er hoffe, dass der Journalist, von dem der Film stammte, die Zustände weiter untersuchen werde.

## Weitere Informationen

zum Thema Menschenrechte und Wirtschaft finden Sie hier:

[www.konzern-initiative.ch](http://www.konzern-initiative.ch)

Bürgerliches Komitee für Konzernverantwortung: [www.buergerliches-komitee.ch](http://www.buergerliches-komitee.ch)

Wirtschaftskomitee für verantwortungsvolle Unternehmen: [www.verantwortungsvolle-unternehmen.ch](http://www.verantwortungsvolle-unternehmen.ch)

Business & Human Rights Resource Centre, London: [www.business-humanrights.org](http://www.business-humanrights.org)